
FORUM: 5 Jahre nach der Wende

Udo Knapp:
Der Osten wird die Bundesrepublik nachhaltig
verändern

Dr. Udo Knapp, geb. 1945 in Altenburg/Thüringen, Studium der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, SDS-Mitglied, Mitarbeiter der Grünen im Bundestag, ist seit 1992 Dezernent für Umwelt, Soziales, Jugend, Familie, Gesundheit und Krankenhaus sowie stellvertr. Landrat im Kreis Wolgast.

I.

Die Wiedervereinigung ist gelungen. Das läßt sich jetzt, am Ende der ersten Legislaturperiode der frei gewählten Parlamente der Gemeinden, der Städte und der neuen Landtage, feststellen.

Die Kommunal- und Landtagswahlen in allen neuen Ländern in diesem Jahr markieren den Einzug demokratischer Normalität und Alltagspolitik in den repräsentativ-verfaßten Strukturen. Mit diesen Wahlen und der dabei vollzogenen Kreisgebietsreform wird die Übernahme der Rechts- und Sozialordnung der alten Bundesrepublik in die neuen Bundesländer in ihrem strukturellen Teil abgeschlossen.

Die freiwillige Anpassung des Ostens an den Westen - im Gegensatz zu den Tatsachen oft als westlich anmaßendes Diktat dargestellt - ist im Rückblick auf die vier Jahre betrachtet der Grund und das Begeisternde am Erfolg des demokratischen Neuanfangs. Erzwungen wurde die Wiedervereinigung 1989 unter der Parole „Wir sind ein Volk“ durch die ehemaligen DDR-Bürger selbst. Die politischen Erfolge der damaligen Bundesregierung in diesem Zusammenhang waren nur auf dieser Grundlage möglich. Sie wären auch von jeder anderen Bundesregierung nicht anders vollzogen worden. Ernsthafte Alternativen zur Wiedervereinigung gab es nicht. Der Konsens im „Volk“ für diese Wiedervereinigung war eindeutig.

Es wird immer noch viel zu wenig gewürdigt, daß diese Wiedervereinigung ohne jegliche Gewalt vonstatten gegangen ist, sich die martialisch gut organisierte und hochbewaffnete Volksarmee binnen kürzester Zeit in ein Nichts aufgelöst hat. In keinem Land Mitteleuropas war mehr Kriegsgerät angehäuft als in der alten DDR. Ebenso erstaunlich bleibt, wie rückgratlos die Partei- und Staatsführung in wenigen Tagen allen ihren Einfluß verlor und greinend beiseite trat.

Nach der als durchaus glücklich zu bezeichnenden Ablösung der Nachkriegsordnung der Alliierten haben die alten DDR-Bürger dann auch für Racheakte keine Zeit gehabt. Ohne eine Sekunde zu zögern haben die Bürger der neuen Länder ihre Geschicke beim demokratischen Neuanfang selbst in die Hand genommen. Der Anteil der Wessis, die dabei, erfolgreich oder nicht, geholfen haben, ist vergleichsweise gering.

Wer diese Leistung würdigen will, muß sich nur an die Ausgangslage erinnern: Subjektive Erfahrungen der Neubürger in parlamentarischer Verantwortung für politische Entscheidungen in repräsentativen Strukturen lagen nirgendwo vor. Rechtsförmigkeit und Rechtssicherheit öffentlicher Angelegenheiten, eine Öffentlichkeit in ihrem Freiheit konstituierenden Sinne waren in den neuen Bundesländern unbekannt. Soziale Verantwortlichkeit mit allen ihren Ungerechtigkeiten und individuellen Zumutungen waren für alle DDR-Bürger mentales Neuland.

Unter diesen Vorzeichen betrachtet haben die spontan gewählten Bürgermeister, ihre neuen, oft nur gewendeten Verwaltungen, die Gemeindevertreter in bewegten nächtelangen Sitzungen, die Kreistags- und Landtagsabgeordneten beim Satzungs- und Gesetzeschmieden, Gewaltiges und Bewunderungswürdiges vollbracht. Sie haben aus dem Stand über alles, über wirklich alles, entscheiden müssen und entschieden. Und sie entscheiden mit der gleichen Entschlossenheit, ja oft Kühnheit, bis heute: Kindergärten, Altenheime, der Rettungsdienst und die Feuerwehr, der Abfall, das Abwasser, das Krankenhauswesen, der Wohnungsbau, die Gewerbeansiedlung, der Natur- und Umweltschutz, Förderung der neuen Unternehmer, verantwortlicher Umgang mit Privateigentum usw. Überall mußten und müssen auf der Grundlage gedanklich völlig fremder Gesetze und Entwicklungen Grundsatzentscheidungen getroffen werden. Dabei hat sich unter den Bürgern der neuen Länder ein „Könnenbewußtsein“ entwickelt, das als ihre Zustimmung und Aneignung der demokratischen Grundrechte der ganzen Bundesrepublik zu beschreiben ist.

Es sei aber auch auf die gewaltigen Summen hingewiesen, die direkt und ohne ernstzunehmenden Widerspruch aus den Taschen der Bundesbürger als Starthilfe in den Osten geflossen sind. Daß es gegen diesen bedeutenden Einkommensverzicht trotz der tief sitzenden Konsummentalität und auch der eigenen ökonomischen Belastungen in den alten Bundesländern keinen ernstzunehmenden Widerspruch gegeben hat, erscheint fast als ein kleines Wunder.

II.

Das Könnenbewußtsein in Sachen demokratischer Selbstverwaltung der ehemaligen DDR-Bürger ist höher zu bewerten als die sozialen Defizite und psycho-historischen Distanzen, die noch lange zwischen Ost und West nachwirken werden. Sie werden Ost und West spalten, Interessengegensätze und ein fortwirkendes Gegeneinander mit sich bringen. Ihre Überwindung aber ist das widersprüchliche politische „Alltagsgeschäft“ der nächsten 20 Jahre. Mehr nicht. Im Übrigen: „Alltagsgeschäft“ meint nicht politische Erstarrung oder kalte Routine bei der Lösung der schwierigen politischen und ökonomischen Aufgaben. Im Gegenteil: auf das phantasievolle Beschreiben neuer Wege kann unter keinen Umständen verzichtet werden. Der Begriff „Alltagsgeschäft“ soll demgegenüber kennzeichnen, daß sich in den neuen Bundesländern eine politische Schicht verantwortlicher Bürger in den großen Parteien und anderen Gruppierungen aus der mentalen Beengung der eigenen Vergangenheit herausgearbeitet hat und jetzt selbstbewußt eigene Wege beschreitet ohne große dramatische Akzente revolutionären Neubeginns zu brauchen.

Diese in nur vier Jahren voll handlungsfähig gewordene neue politische Schicht kann zu einem Standortvorteil für die neuen Länder werden. Hier entscheiden heute umbruchgeschulte und neuanfangsgestärkte Politiker, die immer unbefangener eigene und gesamtdeutsche Belange mitprägen. Die Generation der Macher der Wiedervereinigung im Osten wird, ähnlich wie vordem die 68er — wenn auch aus ganz anderen Gründen — prägenden Einfluß auf die siebziger und achtziger Jahre hatten, die nächsten 20, 30 Jahre der gesamten Bundesrepublik prägen. Das wird bisher in den politischen Führungsetagen im alten Westen ignoriert oder machtpolitisch überspielt. Aber auf Dauer wird dieser Einfluß kaum zurückzudrängen sein.

Mit der sich immer beschleunigender einstellenden Normalität in den neuen Ländern artikuliert sich jetzt eine neue Form nostalgischer Gefühle. Eine legendenbildende Wehmut, nicht mehr im Rückblick auf die alte DDR, wird beschworen, sondern an die großen Zeiten der wilden Jahre des Neubeginns von '89 bis '94 wird erinnert. „Ach, was war da doch alles möglich! Schade, daß wir es kaum bemerkt haben, welche gewaltigen Spielräume wir hatten.“ Heute hat die Gesellschaft in den neuen Ländern neben der entscheidenden politischen Schicht bereits ihre tief strukturierte Interessenlandschaft herausgebildet. Neue Unternehmerverbände aus Ostlern und Westlern. Interessenverbände, Vereine und Institutionen, von den Gewerkschaften bis zu den Wohlfahrtsverbänden und der Freiwilligen Feuerwehr, haben sich gefestigt, sie strukturieren und blockieren zugleich zunehmend die schöne Offenheit des Neubeginns der ersten vier Jahre durch eine gezieltere und leider oft auch einseitigere Interessenpolitik.

III.

Das Verhältnis individueller Eigen- oder Gruppeninteressen und öffentlicher Entwicklung wird im Augenblick hier in den neuen Ländern dramatisch

neu austariert. In diesem Streit wird die Demokratisierung, die mühevoll entwickelte Legitimität der Herrschaft der Gesetze, die in der alten Bundesrepublik nicht mehr bezweifelt wurde, neu thematisiert. Die Verwaltungen, die Ämter aller Ebenen stehen dabei unter einem einzigartigen Druck. Es ist festzuhalten, daß die Ämter, die ja alle im learning-by-doing-Verfahren und im Schnellkurs sich selbst trotz aller Einschränkungen auf Westniveau katapultiert haben, die Garanten der Rechtssicherheit im Wiedervereinigungsprozeß in den neuen Bundesländern sind. Das Amt war und ist der Gestaltungs- und Ordnungsfaktor für die Anpassung des Ostens an den Westen. Seine Legitimation hat es sich mühevoll, oft auch gegen die Bürger, erstritten. In diesen Auseinandersetzungen hat sich die Rechtsordnung hier in den neuen Ländern aber zugleich ihre Legitimität erstritten.

Wenn heute westliche Investoren, oft sogar gemeinsam mit ostdeutschen Parlamentariern und populistischem Geschimpfe, gegen die vermeintlich geringe Leistungsfähigkeit der neu entstandenen Verwaltung klagen, dann entwickelt sich dieses Verhalten zu einer ernstzunehmenden Gefährdung der jungen demokratischen Substanz der Politik. Nicht selten wird dabei skrupellos die sozial oft verzweifelte Lage vieler Menschen in den neuen Bundesländern für die Durchsetzung eigener individualistischer Wünsche und Interessen mißbraucht. Nicht jeder Arbeitsplatz ist an jedem Ort der richtige Arbeitsplatz. Auf die langfristig sicheren und an die regionalen Möglichkeiten angepaßten Arbeitsplätze kommt es an.

Die erfolgreiche Inkorporierung der westlichen Demokratie wird durch diese Allianzen skrupelloser Westritter mit bloß machtpolitisch-motivierten Ostcliquen gefährdet. Was dies heißt, will ich an einem Beispiel zeigen: Wenn etwa der Wirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern, Konrad-Michael Lehment (FDP), anlässlich der Grundsteinlegung für eine Ostseetherme im Seebad Ahlbeck auf der Insel Usedom kürzlich erklärt hat, „Gesetze, die den Aufschwung behindern, sollten nicht zu ernst genommen werden“ und dafür Beifall erntet, dann zeigt sich, daß hier über die notwendige Unterscheidung von wirtschaftlichen Interessen und öffentlichem Auftrag Unklarheit besteht. Ein Minister, der auf die Gesetze seinen Eid geschworen hat, brüstet sich damit, sie nicht zu ernst zu nehmen.

Rechtssicherheit und Gemeinwohl gegen Privatinteressen, zügellosen Individualismus und Eigennutz — diese Kontroverse entwickelt sich zunehmend zur zentralen politischen Auseinandersetzung in allen parlamentarischen Gremien in den neuen Ländern. Damit beginnt hier im Osten von ganz unten die Rekonstruktion eines Ethos der Politik, der sich vor allem dem Gemeinwohl verpflichtet fühlt. In dieser Auseinandersetzung können sich auch, wenn sie wollen, die Parteien wieder mehr Akzeptanz bei den Bürgern erarbeiten. Weil hier im Osten immer noch Entwicklungspfade offen stehen, Grundsatzentscheidungen über die Entwicklungen *ganzer* Länder getroffen werden müssen, kann von einer Signalwirkung für viele Politikfelder, den Stil und Inhalt der Politik insgesamt ausgegangen werden.

IV.

Die erfolgreiche Wiedervereinigung hat die Bundesrepublik in Europa in eine vielbeachtete demokratische Vorreiterrolle gebracht, aus der heraus für die ökonomische und ökologische Entwicklung der zivilen Völkergemeinschaft entscheidende Impulse kommen können. Diese Rolle ist ungewohnt und für viele politisch Handelnde fremd. Sie muß erst noch angeeignet werden. Aber diese Fragestellung ist nun wirklich schon keine ostdeutsche mehr, sondern eine gesamtdeutsche Aufgabe. Das demokratische Selbstverständnis, die freiheitliche Selbstvergewisserung aus der Wiedervereinigung heraus neu zu legitimieren, das ist die Chance, die in den neuen Bundesländern immer noch besteht. Die nächste Zukunft der Bundesrepublik kann und wird aus den neuen Ländern heraus geschrieben werden. Diese These klingt sicher für viele der lange nur mit sich und ihrem Glück beschäftigten Wessis nicht gerade überzeugend - aber viele Tatsachen sprechen dafür. Und vor allem: Gerade nach den verheerenden deutschen Verbrechen in diesem Jahrhundert wäre dieses Ziel nicht nur eine Verpflichtung, sondern eine echte Chance.